

*Einstimmig hat das Plenum der Kammer am Donnerstagabend die Resolution zur deutschen Sprache verabschiedet, die von der ostbelgischen Föderalabgeordneten Katrin Jadin (PFF-MR) eingebracht worden war.*

Durch den Text, der bereits 2016 vom Parlament der DG (PDG) und anschließend vom Senat sowie vom wallonischen Regionalparlament gutgeheißen worden war, soll der Gebrauch des Deutschen in Belgien, insbesondere bei den öffentlichen Einrichtungen, verbessert werden.

„Es bleibt nach wie vor wichtig, dass die öffentlichen Dienste auch wichtige Information in deutscher Sprache zeitnah, oder noch besser zeitgleich, in den anderen Landessprachen zur Verfügung stellen“, erklärte Katrin Jadin am Freitag gegenüber dem GrenzEcho. „Diesbezüglich hoffe ich natürlich, dass sich einige Sachen in puncto Übersetzungen etwas beschleunigen werden. Ich bin schon mehrmals in verschiedenen Ausschüssen zu notwendigen Übersetzungen ins Deutsche interveniert“, fügte sie hinzu.

Mit der Resolution habe sie noch mal die Möglichkeit, Druck auszuüben. Fortschritte seien in den vergangenen Jahren durch die sogenannten Collas-Gesetze (benannt nach dem Initiator, dem damaligen Gemeinschaftssenator Berni Collas) erzielt worden. Dabei ging es um die Übersetzung von föderalen Gesetzen und Erlassen ins Deutsche.

Demnach erstellt der Justizminister - in dessen Befugnisbereich der Sprachgebrauch bei der Gesetzgebung fällt - auf Vorschlag der Übersetzungszentrale in Malmedy und nach Stellungnahme der DG-Regierung eine Liste der Gesetze, die ins Deutsche übersetzt werden müssen. Für Erlasse sorgt jeder einzelne Minister innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches für die deutsche Übersetzung und erstellt alle drei Monate nach Stellungnahme der DG-Regierung die Liste der zu übersetzenden Texte entsprechend ihrer Bedeutung für die Einwohner des deutschen Sprachgebiets.

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Collas-Gesetze bereits einiges sehr positives bewirkt haben. Aber die Föderalen Öffentlichen Dienste (Föderalministerien) können noch mehr machen. Sie müssten vermehrt Übersetzer in ihren eigenen Diensten einstellen und ihnen spezifische Aufgaben zukommen lassen, die für die Bedürfnisse unserer Mitbürger maßgeschneidert sind“, so Jadin.

Föderalregierung wird aufgefordert, das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern und zu verbessern.

Sie habe bereits vor mehr als zwei Jahren die Föderalregierung darum gebeten, eine Aufstellung der bestehenden Übersetzungsdienste ins Deutsche in den einzelnen Föderalministerien vorzulegen. „Einige föderale Dienste sind da sehr gut aufgestellt, andere eher sehr schlecht. Es geht ja nicht nur um die Übersetzung von Gesetzestexten, sondern auch um einen schnellen Informationsfluss ins Deutsche, sei es über Internetseiten, Broschüren der Ministerien oder sonstigen Informationsquellen.“ Hat es ein Umdenken in den letzten Jahren gegeben? Die Tatsache, dass dieses Thema regelmäßig angesprochen werde, bewirke schon ein gewisses Umdenken beziehungsweise führe schon eine Verbesserung herbei, auch wenn diese unzureichend sei. „Es bleibt aber noch viel zu tun. Leider. Diese Resolution, die von dem damaligen Senator Alexander Miesen initiiert wurde, ist ein guter Ansatz.“

In der Resolution wird die Föderalregierung unter anderem aufgefordert, das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern beziehungsweise zu verbessern, den Gebrauch der deutschen Sprache bei ihren öffentlichen Einrichtungen zu schützen und zu verbessern, dafür Sorge zu tragen, dass alle Einrichtungen, die dem Föderalstaat unterstehen sowie Informationen oder Anweisungen für Deutschsprachige auch auf Deutsch zur Verfügung zu stellen.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden